Politische Revue

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **70 (1991)**

Heft 1

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Finanzpolitische Totenglocke

Die Pressedienste der FDP und des Gewerbeverbandes ziehen alle verfügbaren Register gegen den unter den Bundesratsparteien ausgearbeiteten Kompromiss einer neuen Finanzordnung. Ein Machwerk der Sozis sei das, poltern die Federfuchser. Obwohl alle Seiten von ihren Wunschvorstellungen (die SP zum Beispiel bei der Stempelsteuer und bei der Mehrwertsteuer) Abschied nehmen mussten, um einer gemeinsamen Lösung eine Mehrheit zu sichern. Die Rechte will die direkte Bundessteuer kippen. Die Konsumenten sollen bezahlen, um den Reichen Steuern zu sparen. "Alles oder nichts" ist offenbar wieder die Devise. Kompromissbemühungen werden begraben. Damit läutet wohl bereits auch das Totenglöcklein für die neue Finanzordnung. Es sei denn, die Banken nehmen die bürgerlichen Meinungsmacher noch ein wenig ins Gebet. (rz)

Waldschäden nehmen zu

Vor Jahresfrist tönte es von der Seite der Autolobby hämisch, weil die Waldschäden aufgrund einer andern Erhebungsmethode als stabilisiert erschienen. Der Hysterievorwurf hatte wieder Konjunktur. Besonnene Geister verwiesen darauf, dass stabile Schäden immerhin auch alarmierende Schäden seien. Jetzt zeigt uns der Sanasilva-Bericht 1990 erneut eine erhöhte Zahl geschädigter Bäume. Hysterie? Oder Verharmlosung? – Sicher ist: Die Abgaswolken müssen endlich kleiner werden. Wann wird wohl endlich der Götzendienst vor dem Autoaltar sein Ende nehmen? (rz)

Das EMD hält möglichst dicht

Enthüllungswelle im EMD: Rico, der Chef der Geheimarmee P 26, sowie dessen Pendant James, beim Geheimdienst P 27, wurden durch die "Weltwoche" enttarnt, und das Radio DRS fand mit Hans Rudolf Strasser gleich im EMD-Informationsdienst einen weiteren geheimen Kadermann. Das frühere geflügelte Wort "Das EMD dementiert", gemünzt auf Ernst Mörgeli, einen Strasser-Vorgänger, muss wohl in "Das EMD hält möglichst dicht" abgewandelt werden. Das heisst solange, bis ein pfiffiger Journalismus den Geheimniskrämern auf den Sprung kommt. Dabei gäbe es doch noch andere Methoden, die Leute nicht zu informieren. P-27-Chef James, alias Ferdinand J. Knecht, hat sie in der Sendung "10 vor 10" des Fernsehens hartnäckig vorgeführt: Die Frage, was er denn eigentlich so gemacht habe, beantwortete der Geheimdienstler, den Kaspar Villiger so gerne hätte weiterarbeiten lassen, mit dem ernsthaft vorgetragenen Hinweis, ausgebrochene Kriege seien wahnsinnig blutig. Wer zweifelt noch am Nutzen topgeheimer Informationskanäle? (rz)

Vaterlandsknechte

Generäle als Knechte? Der frühere Generalstabschef Hans Senn hält sich und seine von der PUK-EMD politisch offenbar arg beschädigten Generalskameraden wörtlich für "Knechte des Vaterlandes". Das ist neu. Wer stundenlang als Soldat in Manövern oder Schiessübungen im Dreck gelegen hat, sinnlos befohlenen Krieg exerziert hat und von Offizieren jeden Grades schikaniert und gehetzt worden ist, hat das Herr-und-Knecht-Bild jedenfalls deutlich anders in Erinnerung. Herren waren immer die Generäle, meist noch mit einem Schuss Menschenverachtung. In ihrer angeeigneten Arroganz können sie offenbar die heutige Kritik gar nicht verstehen. (rz)

700 Jahre Abfallwirtschaft?

Allenthalben wird gefordert, die öffentliche Hand soll umweltpolitisch mit dem guten Beispiel vorangehen. Doch darum scheint sich der oberste Jubelfeierer Marco Solari nicht zu kümmern. Wie die SP-Fraktionschefin, Nationalrätin Ursula Mauch, an

einer SP-Tagung zur Abfallpolitik vor 150 belustigten Teilnehmerinnen und Teilnehmern enthüllte, verschickt Solari der Schweizer Prominenz sinnlose Geschenke in ebenso sinnlos überdimensionierter Verpackung: Ein in Karton eingelassenes Büchlein im Taschenkalenderformat, drei hochglanzbedruckte Blätter und ein Heft mit wenig Textinhalt sind in einer roten Kartonmappe verpackt, die mindestens ein Telefonbuch verkraften könnte. Etwas viel Energie für den Papierkorb oder auch ein Einstieg in den Jubel-Ausstieg! Jedenfalls hat der Delegierte für die 700-Jahr-Jubelfeiern, Marco Solari, auch das abfallpolitische Fettnäpfchen nicht ausgelassen. Als ob nicht bereits genug Motivations- und Identitätsprobleme mehr Dämmer- als Leuchterlicht verbreiten würden. (rz)

Die Chemie entdeckt SPS-Qualität

Nachdem die Sozialdemokratische Partei der Schweiz in eigenen Publikationen wieder vermehrt "SP Schweiz" statt nur "SPS" genannt wird, ist offenbar der Chemiegigant Sandoz von Basel in die gebotene Marktlücke gesprungen: Wir staunten jedenfalls nicht schlecht, als uns zum Jahreswechsel die "Sandoz-Gazette" aufs Pult flatterte, in der über einen netten "SPS-Textilabend" in Egerkingen berichtet wird ist. Die betretene Verwunderung löste sich schnell: Offenbar findet die Vertriebsgesellschaft "Sandoz Produkte Schweiz" SPS ein höchst willkommenes Kürzel. Das ist an sich nicht erstaunlich. Denn: SPS bürgt wirklich für (politische) Qualität. (rz)

Umverteilung via Bodenprofit

Gesamtschweizerisch gibt es kaum 30 Prozent Wohn- oder Bodeneigentümer. In den städtischen Agglomerationen ist der Anteil der Besitzenden weniger als ein Zehntel. Und nur ein Bruchteil davon vermietet Wohnungen. Ausgerechnet dieser kleinen Minderheit will der Freisinn noch mehr Profit zuschanzen. Mit einem Deregulierungsappell verlangt Nationalrätin Vreni Spoerry (besonders bekannt als eifrige Sammlerin lukrativer Verwaltungsratssitze) mehr Markt im Wohnbereich. Herzstück des Programms: die Freigabe der Mietpreise von Altliegenschaften. Mag sein, dass Altwohnungen wegen des Mieterschutzes vergleichsweise billig zu mieten sind. Das gibt gewisse Ungerechtigkeiten. Noch ungerechter ist es jedoch, Hauseigentümern von einem Tag auf den andern doppelte oder mehrfache Grundrenteneinkünfte zu verschaffen, ohne dass sie auch nur eine Schraube an ihrem Haus ausgewechselt haben. Da wird einer gigantischen Umverteilung des Volkseinkommens in Richtung Reiche und Besitzende das Wort geredet. Auch fürsorgerische Massnahmen können diese Tatsache nicht wegwischen. Entweder bezahlen die Mieterinnen und Mieter oder wir alle via Steuerrechnung. Auf diese Weise ungerechtfertigte Monstergewinne für eine kleine Minderheit zu finanzieren, ist schlicht unanständig. (rz)

Schlecht informiert

Deutliche Worte aus Obwalden: Der dortige Polizeidirektor, Toni Wolfisberg, äusserte an einem Podiumsgespräch im Zusammenhang mit den hungerstreikenden kurdischen Asylbewerberinnen und -bewerbern unmissverständliche Kritik an den Asylverantwortlichen des Bundes. Nach eingehender Auseinandersetzung mit der Situation in der Türkei kommt der Obwaldner Magistrat gemäss Zeitungsberichten zum Schluss, dass der Bund "ungenau, schlecht, falsch oder vage informiert" sei, also ohne vertretbare Grundlagen für einen seriösen Wegweisungsentscheid. Folter, Diskriminierung, Kriegsrecht und Schikanen gegen die kurdische Minderheit regional oder in der ganzen Türkei sind erwiesen. Sie lassen aber die Herren Arbenz und Koller kalt. Die Obwaldner Kritik ist ein deutliches Zeichen. (rz)